

■ Kultur ist mehr als alles andere ein Wert an sich*

von Staatsministerin Monika Grütters

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!
Von dem wunderbaren, gelegentlich ein wenig zur Satire neigenden Mark Twain stammt der Satz: »Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar ausgegeben ist.« Hier ist er mal ganz nüchtern gewesen – und in der Tat – Mark Twain hat Recht: Kultur ist mehr als alles andere ein Wert an sich. Geld ist nicht alles, aber ohne Dollars und Euros geht es halt auch nicht. Zum Glück haben Bundestag und Bundesregierung da in den letzten Jahren ja deutlich Flagge gezeigt und den Kulturetatsat kontinuierlich erhöht. Und ich muss sagen, es beruhigt mich schon, dass wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, dass dies auch in Zukunft so bleiben soll.

Die kulturelle Rolle Deutschlands in Europa

Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen, wie wir sie nicht nur in Europa, sondern weltweit seit Jahren erleben, wird die Wertegemeinschaft, wird das, was wir »Kulturprojekt Europa« nennen, immer wichtiger. Und wo, wenn nicht in der Kultur, können Antworten gesucht werden auf die Frage, was es ist, das uns zusammen hält. Welche Werte, gerade am Beginn eines so intensiven Gedenkjahres wie 2014, erkennen wir als gemeinsame Fundamente an?

Eine Kulturnation wie Deutschland, die in ihren Traditionen so reich und in ihren Brüchen radikaler ist als alle anderen, muss sich mehr denn je nach ihrer Rolle im heutigen und im zukünftigen Europa fragen. Antworten auf diese Fragen sind wir schuldig vor Deutschland, vor Europa und vor den Augen der Welt.

Ein Blick auf diese, unsere so sperrige Geschichte macht deutlich, dass die Kultur in den vergangenen Jahrhunderten in Deutschland immer eine besondere Rolle gespielt hat. Sie war und ist das geistige Band, das uns zusammenhält. Deutschland war eben zuerst

eine Kultur-, dann eine politische Nation. Und nationale Identität wächst eben auch zu allererst aus dem Kulturleben eines Landes.

Die Kultur als Ausdruck von Freiheit und Humanität

Es waren die Zusammenbrüche unserer Geschichte mit zwei Diktaturen in einem Jahrhundert, aus denen wir eine Lehre gezogen haben: Bereits im Artikel 5 Absatz 3 unseres



Foto: Amin Akhtar, Abdruck mit freundlicher Genehmigung

Grundgesetzes heißt es: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.« Das ist der oberste Grundsatz jeder verantwortlichen Kulturpolitik. Denn frei sein können Kunst und Wissenschaft nur, wenn der Staat ihre Freiheiten schützt.

Diese staatliche Fürsorge für die Kultur, ihre Freiheit, die mit dem Mut zum Experiment auch immer das Risiko des Scheiterns in Kauf nimmt, dieses hartnäckige Engagement für die Künste hat entscheidenden Anteil am mittlerweile wieder hohen Ansehen Deutschlands in der Welt.

Kulturelle Existenz in Deutschland ist keine Ausstattung, die eine Nation sich leistet, sondern sie ist eine Vorleistung, die allen zugute kommt. Eine so verstandene Kultur ist kein dekorativer Luxus, sondern sie ist Ausdruck eines menschlichen Grundbedürfnisses, nicht allein Standortfaktor, sondern Ausdruck von Humanität.

Deshalb ist es mir besonders wichtig, neben der Fürsorge für unser kulturelles Erbe, also für die Institutionen, auch ein besonderes Augenmerk auf die Künstler, auf die Kreativen zu legen; auf die Rahmenbedingungen, in denen sie leben. Denn diese Künstler sorgen für immer wieder herausragende Leistungen, für eine Kultur, die auch einmal wehtun und unbequem sein darf. Aber eine vitale Gesellschaft braucht das kritische Korrektiv, auch und gerade wenn es uns zum Nachdenken und zur Kritik herausfordert.

Ein solches Verständnis von Kultur verbietet ein staatliches Kriterienkorsett. Künstler brauchen keine autoritativen Vorgaben. Was sie brauchen, sind Inspirationen und Anstöße und den Diskurs.

Die kulturelle Rolle der Hauptstadt

Lassen Sie mich als Münsteranerin in Berlin und als Berlinerin in diesem Amt ein Wort zu Berlin sagen: Berlin ist die Hauptstadt.

Was in der Hauptstadt kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben. Was dort misslingt, dafür wird, von außen jedenfalls, das ganze Land verantwortlich gemacht. Kulturpolitik in Berlin ist also, ob sie es will oder nicht, auch Bundespolitik. Und die Bundes-Kulturpolitik in und für Berlin ist Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation.

In der Kulturpolitik muss den Ländern klar gemacht werden, dass Berlin kein konkurrierendes Bundesland ist, sondern unser aller dienender Mittelpunkt. Berlin selbst muss dem Bund klarmachen, dass er als erster von einer Kulturbüchse seiner Hauptstadt profitiert. Und ich würde mich schon freuen, wenn Berlin tatsächlich auch einmal »Danke« sagen würde – oder einfach nur erkennen ließe, dass Hauptstadt sein auch eine dienende Funktion ist.

Um also allen Mutmaßungen entgegen zu treten: Ich verstehe mich als Kulturstaatministerin für ganz Deutschland, nicht nur für Berlin!

Deshalb hat mich meine erste Dienstreise aus guten Gründen nach Frankfurt geführt und dort nicht in einen Tempel der Hochkultur, sondern ins Jüdische Museum. Dort wird eindrucksvoll an einer kleinen Kammerausstellung gezeigt, dass es den Nazis 1938 nur vordergründig um ästhetische Aspekte ging, als sie die Kunstwerke der Moderne für »entartet« erklärten, sondern dass auch dort das Hauptziel war, jüdische Mitbürger und Akteure aus dem Kunstbetrieb zu entfernen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns Fragen der Provenienzrecherche und Restitution, als Rückgabe geraubter Güter, stellen.

Provenienzrecherche und Restitution

Es gehört zu unseren großen Verantwortungen, uns den Folgen unserer Geschichte zu stellen und das geschehene Unrecht nicht fort dauern zu lassen. Es ist schlicht unerträglich, dass sich immer noch Nazi-Raubkunst in deutschen Museen befindet!

Allerdings ist in puncto Provenienzrecherche in den vergangenen Jahren viel geschehen. Die Arbeitsstelle für Provenienzforschung hat 2008 ihre Arbeit aufgenommen, finanziert von meinem Haus und der KSL. Insgesamt flossen seit 2008 14,5 Millionen Euro in die Herkunftssuche. 90.000 Objekte in 67 Museen und mehr als 520.000 Bücher und Drucke in 20 Bibliotheken wurden überprüft. Nach den Erkenntnissen der Koordinierungsstelle in Magdeburg wurden bis September 2013 in Deutschland mehr als 12.200 Einzelobjekte zurückgegeben. (...)

Die Koordinierungsstelle Magdeburg und die Arbeitsstelle für Provenienzforschung sowie die »Limbach-Kommission« leisten hervorragende Arbeit. Sie gilt auch im Ausland als vorbildlich. Aber es fehlt ein erkennbarer Ansprechpartner. Darum sollen die Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen in den Bereichen Provenienzforschung und Restitution künftig gebündelt und nachhaltig ausgebaut werden.

Ich habe dazu bereits Gespräche mit den Ländern aufgenommen. Deutschland darf im Interesse der Überlebenden und ihrer Nachkommen nicht länger zögern. Es geht um mehr als um Kunstobjekte – es geht um großes Unrecht, geraubte Identität und den Verlust von Erinnerung an geliebte Menschen!

Bei der Restitution geht es (...) nicht in erster Linie darum, materielle Werte zurückzugeben, sondern die Opfer möchten als Opfer anerkannt werden. Sie möchten, dass wir alle die zerstörten Lebensläufe kennen und dass durch diese Anerkennung das Unglück und das Leid, das sie erlitten haben, wenigstens nachträglich sichtbar wird. Es ist

unsere moralische Pflicht, genau das zu leisten.

Eines ist klar: Künftig werden die deutschen Museen nicht nur an ihrer Ankaufs- und Ausstellungspolitik gemessen werden, sondern auch daran, wie sie ihre Geschichte und die ihrer Sammlungen aufarbeiten.

Die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen

Weil das nur gemeinsam gelingt, rangiert für mich die intensive Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen ganz oben auf meiner Agenda.

Ich habe bereits mit der Kultusministerkonferenz vereinbart, dass es zukünftig zweimal im Jahr ein Treffen mit den Länderkulturministern geben soll, und zwar abwechselnd von Bund und Ländern organisiert. Es ist mir ganz besonders wichtig, dass wir ausdrücklich auch die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zum Austausch einladen.

Immerhin stehen die Städte und Gemeinden mit 44 Prozent für den größten Anteil am öffentlichen Gesamthaushalt für die Kultur ein! Deshalb werden wir gemeinsam Strategien entwickeln, wie wir unsere kulturelle Infrastruktur in einer sich demografisch und ethnisch gründlich verändernden Gesellschaft entwickeln können. Dazu gehört auch die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung.

Die soziale Situation der Künstler und das Urheberrecht

Denn die Kreativwirtschaft darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die allerwenigsten Künstler und Kreativen Großverdiener sind. Die Einführung der Künstlersozialversicherung vor 31 Jahren war ein sozial- und kulturpolitischer Meilenstein. Die Künstlersozialkasse garantiert heute ganz wesentlich die soziale Absicherung der freiberuflich tätigen Künstler und Publizisten. Wir dürfen nicht zusehen, wie diese Errungenschaft jetzt beschädigt wird.

Wer künstlerische Leistungen in Anspruch nimmt, der muss auch dafür Sorge tragen, dass Künstler von ihrer Arbeit nicht nur knapp überleben können, sondern angemessen bezahlt und sozial abgesichert werden. Andererseits sollen die, die regelmäßig die Abgaben entrichten, nicht zu Zahlmeistern werden. Steigende Abgaben heißt schlicht: Es gibt zu viele, die sich drücken. Das können und wollen wir nicht hinnehmen!

Die Künstlersozialversicherung muss wieder auf ein solides Fundament gestellt werden. Ich bin meiner Kollegin Nahles dankbar, dass auch sie die Konsolidierung der Künstlersozialkasse zu ihren wichtigen Aufgaben zählt. Absicherung ist das eine, wichtiger noch ist es aber, dass Künstler von ihrer

Alte und neue Gesichter im im BT-Kulturausschuss

Siegfried Ehrmann (SPD) ist neuer Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. Er ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und des Ausschusses für Kultur und Medien. Von 2003 bis 2007 war er Sprecher der Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion für die Enquête-Kommission Kultur in Deutschland, deren stellvertretender Vorsitzender er ab 2006 war. In der 17. Legislaturperiode war er kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.



Marco Wanderwitz ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Rechtsanwalt ist seit 2002 Mitglied des Bundestages und seitdem ordentliches Mitglied des Rechtsausschusses. In der 17. Wahlperiode war er Obmann der CDU/CSU im Ausschuss für Kultur und Medien.



Martin Dörmann ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied in den Ausschüssen für Kultur und Medien sowie Verkehr und digitale Infrastruktur sowie stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda. Der Rechtsanwalt war von 2002 bis 2013 Mitglied im Unterausschuss Neue Medien und im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dessen stellvertretender Vorsitzender er in der letzten Legislaturperiode war.



Sigrid Hupach ist kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke. Sie ist 2013 über die Landesliste Thüringen erstmals in den Bundestag gewählt worden. Sie war u.a. als freiberufliche Architektin und Mediendesignerin sowie als Erziehungsbeistand im Jugendwerk der AWO in Heiligenstadt tätig. Vor ihrem Eintritt in den Bundestag war sie Wahlkreismitarbeiterin bei MdL Jörg Kubitzki in Mühlhausen.



Ulle Schauws ist kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist 2013 über die Landesliste Nordrhein-Westfalen erstmals in den Bundestag gewählt worden. Die Medienwissenschaftlerin war bei Film- und Fernsehproduktionsfirmen sowie bei Bildungsträgern im Rheinland und beim SOS Kinderdorf Niederrhein tätig. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

